POLITIKEMPFEHLUNGEN

Interdisziplinäre Politik für Gesunde Menschen auf einer Gesunden Erde

Gesunde Erde Gesunde Menschen

Inhalt

Vorwort 3

Das Wichtigste in aller Kürze 4

Ernährung & Landwirtschaft 6

Biodiversität & Natur 8

Gesundheitswesen 10

Energie & Wirtschaft 12

Gebäude & Bauen 14

Mobilität & Verkehr 16

Digitalisierung 18

Bildungssystem 20

Entwicklungszusammenarbeit 22

Impressum:
Stand Oktober 2025

Stiftung Gesunde Erde Gesunde Menschen gGmbH
c/o Publix gGmbH
Hermannstraße 90, 12051 Berlin

E-Mail: kontakt@stiftung-gegm.de
Website: https://stiftung-gegm.de

Autor:innen: Lea Seifert, Donald Sandmann, Hannah Müller, Farina Becker

Layout: menschenskinder | Agentur für Design & Nachhaltigkeit

Vorwort

Gesunde Menschen gibt es nur auf einer gesunden Erde. Gesundheit beginnt mit der Luft, die wir atmen, Wasser zum Trinken, Pflanzen zum Essen, erträglichen Temperaturen und einem friedlichen Miteinander. Diese Lebensgrundlagen gelten für uns alle heute, und für alle Menschen in der Zukunft. Dafür braucht es immense Anstrengungen in allen gesellschaftlichen Bereichen und politische Rahmenbedingungen, die der Komplexität einer globalisierten Welt gerecht werden.

Wir haben uns bei der Stiftung Gesunde Erde – Gesunde Menschen (GEGM) Gedanken gemacht, welche politischen Hebel eine besonders große Wirkung entfalten, um die Gesundheit des Planeten und der Menschheit zu schützen. Dabei orientieren wir uns an der politischen Realität und strukturieren unsere Vorschläge anhand von neun Politikfeldern. Denn in der deutschen Bundesregierung gilt das Ressortprinzip, das heißt die Arbeit der Bundesregierung ist in Ministerien aufgeteilt, die einzuhalten sind. Die Leitung der Ministerien trägt dabei die Verantwortung für ihre jeweiligen Aufgabenbereiche und haben ein inhärentes Interesse ihre Zuständigkeit zu definieren und gegen die anderen Ministerien durchzusetzen – denn es herrscht nicht nur Konkurrenz um Haushaltsmittel, sondern auch Profilierungsdruck. Das ist angesichts des planetaren Notfalls aber unzureichend. In allen politischen Entscheidungen muss der Schutz unserer Lebensgrundlagen berücksichtigt werden. Wir müssen die Planetare Gesundheit in allen Politikfeldern mitdenken, um Synergien zu nutzen, die institutionelle Zusammenarbeit und die Kohärenz der Politik zu verbessern, unbeabsichtigte Folgen zu vermeiden und Umsetzungshindernisse zu überwinden – kurz:

PLANETARY HEALTH IN ALL POLICIES[1]

Mit diesem Leitfaden haben wir eine Auswahl an politischen Maßnahmen zusammengestellt, die wirksam beim Schutz der Planetaren Gesundheit sind. Sie alle tragen dazu bei, dass wir in einer Zukunft leben, in der wir es schöner haben können, und gesünder. Los geht's!

[1] Myers et al (2025): Connecting planetary boundaries and planetary health: a resilient and stable Earth system is crucial for human health. The Lancet.

Das Wichtigste in aller Kürze

1

Ernährung & Landwirtschaft

Es braucht eine ökologische und gemeinwohl-orientierte gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP), weniger Pestizide, eine Förderung pflanzenbasierter Ernährung und eine Reform der Tierhaltung.

2

Biodiversität & Natur

Es braucht 2 Prozent Wildnisfläche sowie 10 Prozent streng geschützte Fläche, finanzielle Unterstützung artenreicher Regionen weltweit, die Wiederherstellung zerstörter Ökosysteme und weniger Plastikmüll.

3

Gesundheitswesen

Es braucht Nachhaltigkeit, Resilienz, Prävention und bedarfsgerechte Versorgung im Gesundheitswesen, mit klaren Zielen, Monitoring, gestärkter Primärversorgung und Maßnahmen, die Gesundheit und planetare Grenzen wahren.

4

Energie & Wirtschaft

Es braucht eine sozial gerechte CO_2-Bepreisung mit Klimageld, den schnellen Ausbau Erneuerbarer Energien (75 Prozent des Strombedarfs bis 2030 aus Erneuerbaren) sowie Energieeffizienz, Unterstützung zirkulärer Unternehmen sowie verbindliche soziale und ökologische Standards in globalen Lieferketten.

5

Gebäude & Bauen

Für einen klimaneutralen Gebäudesektor bis 2045 braucht es eine sozial gerechte Bauwende mit höherer Sanierungsrate, erneuerbarer Wärmeversorgung, gesetzlich verankertem Hitzeschutz und Maßnahmen, die Klima-, Gesundheits- und Sozialschutz im Gebäudesektor gleichermaßen sichern.

6

Mobilität & Verkehr

Es braucht den massiven Ausbau klimafreundlicher, bezahlbarer Mobilität mit Bus und Bahn, mehr Raum für Fuß- und Radverkehr, das Verbrenner-Aus bis 2035 sowie ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen.

7

Digitalisierung

Es braucht eine ressourcenschonende, suffiziente Digitalisierung mit langlebiger Technik, strenger Regulierung und öffentlicher Förderung, die Nachhaltigkeit, Transparenz und demokratische Kontrolle in den Mittelpunkt stellt.

8

Bildungssystem

Es braucht die verbindliche Verankerung von Bildung für nachhaltige Entwicklung im Bildungssystem, gesundheitsfördernde Bildungsumgebungen im Sinne der Planetaren Gesundheit und flächendeckende Klimaanpassung zum Schutz von Kindern.

9

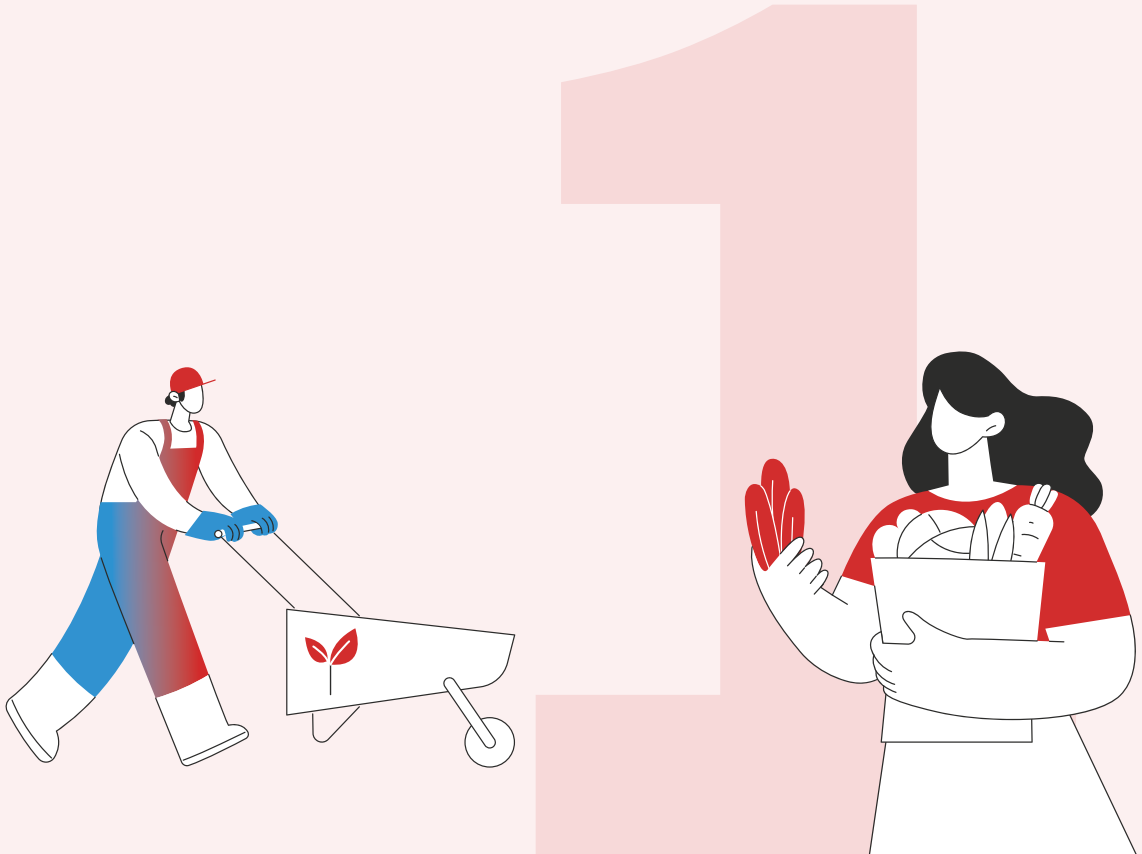
Entwicklungszusammenarbeit

Es braucht die Einhaltung von Finanzierungszusagen für Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und Klimaschutz, stärkere Unterstützung globaler Gesundheitssysteme und eine One-Health-Strategie, die Klima-, Umwelt- und Gesundheitsschutz weltweit verbindet.

Ernährung & Landwirtschaft

Mehr als die Hälfte der Landesfläche Deutschlands wird landwirtschaftlich genutzt. Der Umfang und die Ansätze ihrer Nutzung spielen damit eine zentrale Rolle für den Umwelt- und Klimaschutz sowie für gesunde ländliche Räume.[2] 2024 verursachte die Landwirtschaft rund 62,1 Millionen Tonnen CO_2-Äquivalente (zuzüglich mobilen und stationären Verbrennung) und war damit für 9,6 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen Deutschlands verantwortlich.[3] Die Emissionen der Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) entstehen ebenfalls maßgeblich aufgrund von landwirtschaftlicher Nutzung und betrugen 2024 ca. 51 Millionen Tonnen CO_2-Äquivalente.[4] Während die Gesamtemissionen in Deutschland sinken, ist der Rückgang in der Landwirtschaft deutlich geringer, sodass ihr relativer Anteil an den Emissionen steigt. Aus fundierten Prognosen geht sogar hervor, dass der Landwirtschaftssektor im Jahr 2044 für die meisten Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) verantwortlich sein wird.[5] Die Hauptquellen für die hohen Emissionen sind Methan aus der Tierhaltung und Lachgas aus landwirtschaftlich genutzten Böden. Hinzu kommt, dass die industrielle Landwirtschaft und die assoziierte Landnutzung nicht nur viele Treibhausgase verursacht, sondern auch die Artenvielfalt und Ökosysteme bedroht.[2] Die Landwirtschaft ist mit zunehmenden Wetterextremen und zunehmenden Ernteausfällen aber auch eine Leidtragende unter den Folgen der Klimakrise und des Biodiversitätsverlustes. Wie unsere Lebensmittel produziert werden und wie wir uns ernähren ist derzeit nicht nur ungesund für den Planeten, sondern auch für uns selbst: So haben in Deutschland mittlerweile 8,7 Millionen Menschen Typ-2-Diabetes und 17 Millionen Menschen sind adipös.[6]

Um nachhaltiger und gesünder zu sein, muss die deutsche Landwirtschaft ökonomisch und ökologisch tragfähig gestaltet und die Ernährung samt Ernährungsumgebungen gesünder ausgestaltet werden:



Landwirtschaft nachhaltig ökologisieren

Die Bundesregierung muss planbare Rahmenbedingungen für eine ökologisch und ökonomisch nachhaltigere Landwirtschaft schaffen und dafür tragfähige Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsketten fördern. Die Empfehlungen der Zukunftskommission Landwirtschaft stellen eine gute Grundlage dar, die mit klaren Zielvorgaben und Maßnahmen umgesetzt werden müssen.

Pestizideinsatz reduzieren

Deutschland muss sich an sein internationales Versprechen zur Halbierung der Auswirkungen und Risiken durch den Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln bis 2030 halten. Pestizide schädigen nicht nur Insekten, sondern auch Wasserorganismen, Böden und letztlich durch die Nahrungsaufnahme die menschliche Gesundheit. Um dies wirtschaftlich tragbar für landwirtschaftliche Betriebe zu machen, braucht es Förderinstrumente für Anbausysteme, die mit wenig oder keinen Pflanzenschutzmitteln auskommen.

GAP zukunftsfähig machen

Die gemeinsame EU-Agrarpolitik (GAP) verfügt mit rund 32 Prozent über den größten Anteil des EU-Haushalts. Das Problem: Nach wie vor ist die Ausgabe der Gelder vor allem an die Fläche der Betriebe gebunden. Damit werden große Betriebe bevorzugt. In Deutschland erhalten 1,7 Prozent aller Betriebe ¼ der Direktzahlungen.[7] Die Flächenprämien sind Teil der „Ersten Säule“, die EU-weit rund 80 Prozent umfasst. Die Mittel der „Zweiten Säule“ für Ökolandbau, Agrar-Umweltprogramme, das Management der Natura 2000-Gebiete und die Regionalvermarktung fallen mit nur 20 Prozent der Zahlungen deutlich geringer aus. Die GAP muss ökologischer und Finanzmittel gerechter verteilt werden, d.h. die flächengebundenen Prämien müssen zurückgefahren und mehr ökologisches Gemeinwohl gefördert werden.[8,9]

Pflanzenbasierte Ernährung fördern und Tierhaltung reformieren

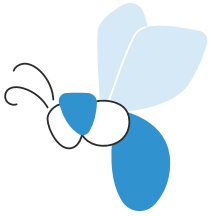
Steuerliche Anreize und Subventionen sind so zu gestalten, dass pflanzliche Lebensmittel bevorzugt werden – etwa durch die Abschaffung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für tierische Produkte und eine Mehrwertsteuerbefreiung für pflanzliche Alternativen. Darüber hinaus sollte sich die öffentliche Gemeinschaftsverpflegung an den Prinzipien der *Planetary Health Diet* orientieren und damit Gesundheit, Umwelt- und Klimaschutz gleichermaßen fördern. Dafür müsste der Fleischkonsum pro Kopf auf etwa ¼ des derzeitigen Verbrauchs sinken.[10] Eine entsprechende Verringerung der Tierhaltung um 30 Prozent könnte bereits rund 14 Millionen Tonnen CO_2-Äquivalente einsparen.[11] Die Empfehlungen der Borchert-Kommission sollten umgesetzt werden.

[2] NABU (o.D.): Für eine umweltverträgliche Landwirtschaft…
[3] UBA (2025): Beitrag der Landwirtschaft zu den Treibhausgas-Emissionen.
[4] UBA (2025): Emissionen der Landnutzung, -änderung und Forstwirtschaft.
[5] Germanwatch (2025): Klimaschutz im deutschen Agrar- und Ernährungssystem – was muss geschehen?
[6] DDG (2024): Pressemitteilung Prädiabetes: Typ-2-Diabetes beginnt Jahre vor Ausbruch schleichend. Vorstufen frühzeitig diagnostizieren und gegensteuern. und DAG (o.J.): Was wir tun.
[7] BUND (o.D): Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP): Wer viel Fläche hat, bekommt viel Geld.
[8] NABU (2022): Pressemitteilung. Die GAP-Reform ist gescheitert.
[9] Verbände-Plattform (2023): Zukunft gestalten.
[10] Greenpeace (2025): Landwirtschaft für ein gutes Leben in Wohlstand, Sicherheit und Freiheit.
[11] Germanwatch (2025): Klimaschutz im deutschen Agrar-und Ernährungssystem – was muss geschehen?

Biodiversität & Natur

Biodiversität ist die gesamte Vielfalt des Lebens auf unserer Erde. Das umfasst alle Tier- und Pflanzenarten, ihre genetische Vielfalt sowie ihre Lebensräume und die Ökosysteme, in denen sie miteinander in Beziehung stehen. Dieses Netzwerk des Lebens ist unser Sicherheitsnetz, welches sich über Millionen von Jahren entwickelt hat: von sauberem Wasser über gesunde Böden und bestäubte Pflanzen bis hin zu Medikamenten und unserer psychischen Gesundheit (weitere Infos in unserem Positionspapier). Biodiversität ist somit eine der zentralen Säulen Planetarer Gesundheit. Doch Schätzungen zufolge liegt das aktuelle Artensterben dabei mindestens um das 10- bis 100-Fache über der natürlichen Aussterberate der letzten 10 Millionen Jahre. Weltweit sind – verglichen mit dem vorindustriellen Zeitalter – nur noch 68 Prozent der ursprünglichen Waldflächen und 15 Prozent der Feuchtgebiete vorhanden. Auch in Deutschland ist die Lage kritisch: 60 Prozent der natürlichen Lebensräume sind in einem schlechten ökologischen Zustand.[12] Selbst der Global Risks Report des Weltwirtschaftsforum in Davos benannte 2025 den Verlust der Biodiversität – nach Extremwetterereignissen – als zweitgrößtes Risiko in den kommenden 10 Jahren, gefolgt dem Zusammenbruch von Ökosystemen.[13] Ein zentraler Treiber des Biodiversitätsverlusts ist die derzeitige Form der industriellen Landwirtschaft, die durch Monokulturen, Pestizideinsatz und Flächenversiegelung natürliche Lebensräume zerstört und Artenvielfalt massiv bedroht. Die enge Verflechtung zwischen Landwirtschaft und Biodiversität macht deutlich: Ohne eine grundlegende Agrarwende lassen sich die Biodiversitätsziele nicht erreichen – hier zeigt sich die Verzahnung verschiedener Politikfelder deutlich. Weitere Treiber sind der Einfluss invasiver Arten, der Klimawandel sowie die Umweltverschmutzung.

Trotz der Bedeutung von Biodiversität wurden 2020 weltweit von den 20 globalen Biodiversitätszielen („Aichi-Ziele“), zu deren Einhaltung sich auch Deutschland verpflichtet hat, kein einziges vollständig erreicht.[12] Deswegen fordern wir:



„30x30-Ziel“ finanziell unterstützen

Da sich die Hotspots der Biodiversität außerhalb Deutschlands befinden und die Zersiedelung hierzulande zu groß ist, um das 30x30-Ziel zu erreichen (derzeit kommen wir auf ca. 0,6 Prozent), sollte Deutschland seinen Beitrag leisten, indem es 2 Prozent Wildnisfläche sowie 10 Prozent streng geschützte Fläche umsetzt, vor allem aber andere Länder finanziell unterstützt (mind. 1 Prozent des Bruttonationaleinkommens).

Umweltschädliche Subventionen abbauen

Subventionen, die Biodiversität gefährden – etwa für industrielle Tierhaltung oder Pestizide – wurden 2021 in Deutschland auf 67 Milliarden Euro jährlich geschätzt.[14] Sie müssen beendet und durch wirkungsvolle Anreize für naturverträgliche Wirtschaftsweisen ersetzt werden. Global sollen laut der COP15 jährlich 500 Milliarden US-Dollar an biodiversitätsschädlichen Subventionen abgebaut und in Klimaschutz und nachhaltige Nutzung umgelenkt werden.

Wiederherstellung von Ökosystemen vorantreiben

Moore, Wälder, Auen, Gewässer – sie müssen laut dem Kunming-Abkommen bis 2030 umfassend renaturiert und wiedervernässt werden. Der Fokus sollte hier insbesondere auf der Aufforstung degradierter Flächen mit standortgerechten, artenreichen Mischwäldern sowie der Wiedervernässung von Mooren liegen, da sie global gerade einmal 3 Prozent Fläche ausmachen, jedoch doppelt so viel Kohlenstoff binden, wie die Biomasse aller Wälder und so einen enorm wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten können.[15,16] Das Ziel: mindestens 30 Prozent der Flächen geschädigter Ökosysteme renaturieren.

Plastikverschmutzung deutlich reduzieren

Kunststoffe gelangen in die Umwelt und verschmutzen Meere, Binnengewässer, Böden und selbst entlegene Ökosysteme. Sie gefährden Tiere, die sie fressen oder sich darin verfangen, stören mikrobiologische Kreisläufe und gelangen als Mikroplastik in Nahrungsketten. Deutschland muss die EU-Plastikstrategie konsequent umsetzen und Maßnahmen gegen Mikroplastik und Einwegprodukte verstärken.

[12] BMUKN (2024): Nationale Strategie zur Biologischen Vielfalt 2030.

[13] World Economic Forum (2025): Global Risks Report 2025.

[14] DNR (2021): Umweltschädliche Subventionen in Deutschland: Fokus Biodiversität.

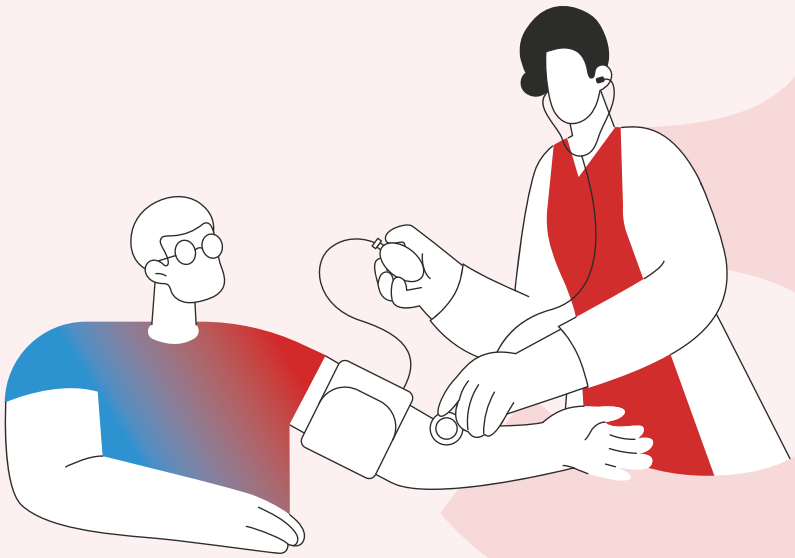
[15] BUND Landesverband Niedersachsen (2025): BUND-Forderungen.

[16] BUND (2023): 12 Dinge, die Sie über Moore wissen sollten.

Gesundheitswesen

Das Gesundheitswesen ist Leidtragende der Umwelt- und Klimakrise: All die neuen Risiken, die Hitze, neue Infektionskrankheiten und zunehmende mentale Belastung mit sich bringen, müssen vom Gesundheitswesen aufgegriffen und behandelt werden. Gleichzeitig verursacht das Gesundheitswesen rund 6 Prozent der nationalen THG-Emissionen, ungefähr so viel wie die Stahlindustrie.[17] Sein Verbrauch an Ressourcen ist heute 80 Prozent höher als Mitte der 1990er-Jahre, Tendenz steigend.[18] Es braucht dringend mehr Nachhaltigkeit. Diese neuen Herausforderungen treffen auf ein ohnehin belastetes System: Trotz seines immensen Potenzials steht das deutsche Gesundheitswesen im internationalen Vergleich heute nur noch mittelmäßig da. Fachkräftemangel, steigende Nachfrage und Kosten sowie ein Reformstau machen dem System zu schaffen. Neben der bundesweiten Gesundheitspolitik ist die kommunale Ebene entscheidend, um ein nachhaltiges und resilientes Gesundheitswesen für die Zukunft aufzubauen sowie regionale Versorgungslücken zu schließen.

Für ein zukunftsfähiges Gesundheitswesen müssen vier große Hebel bedient werden:



Klima- und Umweltschutz im Gesundheitswesen verankern

Deutschland hat sich 2022 mit den G7-Staaten verpflichtet, bis spätestens 2050 Klimaneutralität im Gesundheitswesen zu erreichen. Hierfür braucht es eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie für das Gesundheitswesen[19], die die aktuell bestehenden Zielkonflikte zwischen ökonomischer, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit auflöst. Um dabei evidenzbasierte politische Entscheidungen im Bereich Gesundheit und Klimawandel zu gewährleisten, sollte ein Monitoring der THG-Emissionen im Gesundheitssektor etabliert werden.[20]

Das Gesundheitswesen schützen

Um zukünftige Gesundheitsbedrohungen wie Hitzewellen, Extremwetter oder Infektionskrankheiten frühzeitig erkennen zu können und Überlastungen des Gesundheitssystems zu vermeiden, sollten Monitoring und Surveillance-Systeme verbessert werden.[21] Bei der Entwicklung und Umsetzung von Klimaanpassungskonzepten und Hitzeaktionsplänen müssen Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen als kritische Infrastruktur eingebunden werden.[22] Um den zukünftigen Gesundheitsgefahren aufgrund von Klima- und Umweltkrisen begegnen zu können, müssen diese Themen in die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Gesundheitsberufen integriert und der öffentliche Gesundheitsdienst gestärkt werden.

Den Bedarf an Versorgung reduzieren

Um das Gesundheitswesen zukunftsfähig zu halten und menschliche, finanzielle und natürliche Ressourcen zu schonen, braucht es ein politisches Umdenken. Handeln und Anreize im Gesundheitswesen müssen stärker auf Prävention und Gesundheitsförderung ausgerichtet und ein besserer Umgang mit den chronischen Erkrankungen etabliert werden. Über Veränderungen im Gesundheitswesen hinaus kann Politik durch eine nationale Public-Health-Strategie Menschen bei einem gesunden Leben unterstützen. Die Zusammenhänge zwischen der menschlichen Gesundheit und der Gesundheit des Planeten sollten bei dieser Strategie leitend sein.

Die Versorgungsstrukturen am echten Bedarf ausrichten

Für ein effizientes, ressourcenschonendes System, das sich an den Patient:innen orientiert, müssen Primärversorgung und Pflege gestärkt, bedarfsgerechte Versorgungsangebote geschaffen und mehr Steuerung etabliert werden. Hierfür müssen neue Strukturen entwickelt werden, z. B. ein Primärversorgungssystem oder eine neue Krankenhausstruktur. Diese neuen Modelle müssen die Finanzierbarkeit und den Schutz der planetaren Ressourcen beachten. Sie müssen aber auch das zentrale Versprechen unseres sozialen Sicherungssystems wahren – den gleichen Zugang zu qualitativ hochwertiger Versorgung für alle Menschen.

[17] Peter-Paul Pichler (2022): Emissionen des Gesundheitssektors – Status Quo und Handlungsbedarf. In: Graalmann/von Hirschhausen/Blum. Jetzt oder Nie: Nachhaltigkeit im Gesundheitswesen. S. 39 ff.

[18] Ostertag et al (2021): Ressourcenschonung im Gesundheitssektor. Abschlussbericht im Auftrag des Umweltbundesamts. S. 61.

[19] BKK-Dachverband (2025): Forderungen zur Bundestagswahl 2025, S. 15.

[20] Center for Planetary Health Policy (CPHP) (2024): Governancestrukturen für ein klimaresilientes Gesundheitssystem in Deutschland stärken. S. 5.

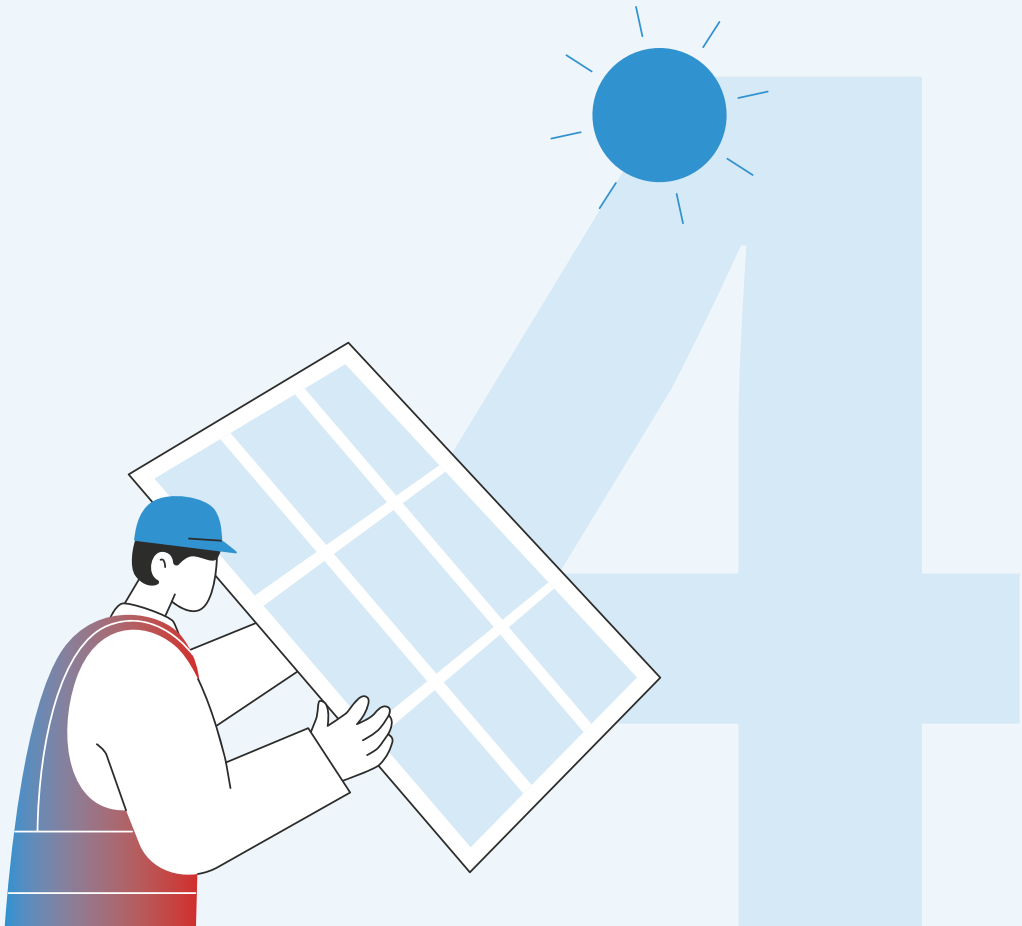
[21] Sachverständigenrat Gesundheit & Pflege (2023): Resilienz im Gesundheitswesen. S. 37.

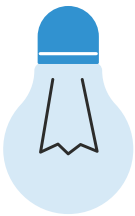
[22] KLUG (2025): Gesundheitsfördernde Gesamtpolitik umsetzen. KLUG-Positionspapier zur Bundestagswahl 2025.

Energie & Wirtschaft

Das globale Wirtschaftssystem hat unglaublich viel Reichtum und Wohlstand geschaffen, leider vornehmlich für einige wenige reiche Länder und eine noch kleinere Anzahl reicher Individuen. Ein entscheidender Treiber dieses Wachstums war die Entdeckung, Nutzung und Verbrennung fossiler Energieträger – Kohle, Erdöl und Erdgas. Das Verbrennen dieser fossilen Energien ist weltweit auch der Haupttreiber der Klimakrise und muss damit so rasch wie möglich drastisch reduziert werden. Das bedeutet nicht nur, dass wir fossile Energien im Boden lassen und Erneuerbare Energien ausbauen müssen.

Wir müssen uns auch fragen, wie wir unser Wirtschaftssystem gestalten können, sodass wir mit den natürlichen Ressourcen effizient und sparsam umgehen. Wie wir das erreichen können:





Erneuerbare Energien ausbauen und Energieeffizienz steigern

Die vollständige Abkehr von Kohle, Öl und Gas ist essenziell für Klimaschutz, ökonomische Resilienz und geopolitische Unabhängigkeit und muss bis 2045 umgesetzt werden.[23] Bis 2030 sollen mindestens 75 Prozent des Strombedarfs aus Erneuerbaren Energien gedeckt sein.[24,25] Außerdem müssen verschiedene Bereiche verknüpft werden: Strom, Wärme, Verkehr und Wasserstoff müssen stärker zusammengedacht werden – Stichwort Sektorenkopplung.[26] Gleichzeitig braucht es mehr Energieeffizienz, den Ausbau smarter Netze und flexibler Speicherlösungen.[27] Nur so wird das Energiesystem stabil, bezahlbar und klimafreundlich.

Sozialverträgliche CO_2-Bepreisung mit Klimageld einführen

Eine CO_2-Bepreisung ist ein zentrales klimapolitisches Instrument, sollte jedoch sozial abgefedert werden, damit sie breite gesellschaftliche Akzeptanz findet. Durch ein pauschales Klimageld können insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen entlastet werden. Studien zeigen, dass die Zustimmung zur CO_2-Bepreisung stark steigt, wenn ein finanzieller Ausgleich erfolgt.[28,29]

Kreislaufwirtschaft ermöglichen

Die Bundesregierung hat bereits eine Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie. Jetzt braucht es konkrete Maßnahmen, wie bspw. die Unterstützung von Leitmärkten für zirkuläre Materialien, Produkte und Geschäftsmodelle. So wird die Wettbewerbsfähigkeit von zirkulären Unternehmen verbessert.[30,31]

Soziale und umweltfreundliche Sorgfalt in den Lieferketten erhalten

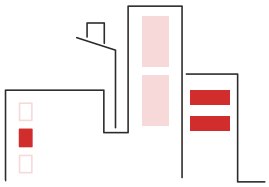
Die Bundesregierung hat angekündigt, das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz abzuschaffen. Das ist ein fatales Signal und sollte nicht umgesetzt werden. Als der weltweit größte Wirtschaftsraum hat der EU-Binnenmarkt enorme Druckmittel für ökologische und soziale Standards. Deutsche Unternehmen haben global weitverstrickte Lieferketten und großen Einfluss. Bundeskanzler Friedrich Merz will auch, dass die EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) aufgehoben wird. Das darf nicht passieren.

[23] DIW (2024): Energie- und Klimapolitik: Mehr Tempo für die Transformation.
[24] Klima-Allianz (o.D.): Massiver Ausbau der erneuerbaren Energien nötig.
[25] Greenpeace (o.D.): Energiewende – Jetzt!
[26] DIW (2025): An Ampel-Fortschritte anknüpfen: Künftige Regierung muss Energiewende konsequent weiterverfolgen.
[27] Klima-Allianz (2025): KERNFORDERUNGEN DER KLIMA-ALLIANZ DEUTSCHLAND ZUR BUNDESTAGSWAHL 2025.
[28] Greenpeace (2024): Neue Studie zum Klimageld – so klappt der soziale Ausgleich.
[29] DIW (2025): Angemessen hohes Klimageld führt zu Akzeptanz von CO2-Bepreisung.
[30] WWF (2025): Forderungen zur Bundestagswahl 2025.
[31] Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft (2025): Zehn Punkte für den Koalitionsvertrag.

Gebäude & Bauen

Der Gebäudesektor ist einer der größten Energieverbraucher und THG-Verursacher in Deutschland und gleichzeitig der Bereich mit dem größten Einsparpotenzial. Unzureichend gedämmte Bestandsgebäude verschlingen Ressourcen, treiben Energiekosten in die Höhe und belasten Haushalte, während neue Bauten oft nicht ambitioniert genug in puncto Energieeffizienz geplant werden. Angesichts steigender Hitzetage und sozialer Ungleichheiten im Wohnungsmarkt braucht es eine umfassende Baustandard- und Förderstrategie. Außerdem braucht es mehr Fortschritte beim klimaneutralen Heizen. Hinzu kommt, dass der Bestand in Kombination mit klimatisch bedingten Veränderungen mit gesundheitlichen Risiken verbunden ist: versiegelte Flächen, viel Glas, Stahl, Beton und Autos verstärken die Hitzebelastung und führen bei Niederschlag zu weniger Versickerung, das Grundwasser leidet und Überschwemmungen werden wahrscheinlicher. Eine ambitionierte nachhaltige Bau- und Wohnungspolitik verbindet Klimaschutz mit bezahlbarem Wohnen. Sie legt verbindliche energetische Mindeststandards fest, sorgt für gezielte finanzielle Anreize – besonders für energiearme Haushalte –, fördert erneuerbare Wärme und Hitzeschutz und stellt die Weichen für einen nahezu klimaneutralen Gebäudebestand bis 2045.

So werden Wohnkomfort, Gesundheit und soziale Gerechtigkeit im Gebäudesektor gestärkt – für eine zukunftsfähige und resiliente Stadt- und Landentwicklung:



Sanierungsrate steigern und Energieverbrauch senken

Der Gebäudesektor muss bis 2045 nahezu klimaneutral werden – das ist eine Herausforderung.[32] Dafür braucht es eine deutliche Erhöhung der Sanierungsrate, klare und einheitliche Mindeststandards für die Energieeffizienz und finanzielle Anreize, damit Investitionen tragbar sind.[33] Wegweisend ist dabei die Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie. Schon bis 2030 müssen laut DIW über 40 Mio. Tonnen CO_2 eingespart werden – aktuell liegt der Ausstoß noch bei über 100 Mio. Tonnen CO_2 jährlich.[23,34] Sanierung schützt dabei nicht nur das Klima, sondern auch Verbraucher:innen vor steigenden Energie- und Heizkosten.[35]

Hitzeschutz gesetzlich verankern

Mit immer häufigeren Hitzewellen wird Hitzeschutz zur gesundheitspolitischen Pflicht. Besonders gefährdete Gruppen – Kinder, ältere Menschen, Schwangere – brauchen sichere, kühle Räume. Krankenhäuser, Kitas und Pflegeeinrichtungen müssen hitzegerecht geplant oder saniert werden. Gleichzeitig braucht es Zugang zu kühlen Freiräumen in der Stadt für alle.[37,38]

Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien umstellen

Öl- und Gasheizungen müssen durch klimafreundliche Lösungen ersetzt werden – etwa durch Wärmepumpen, Solarthermie oder klimaneutrale Wärmenetze. Besonders in städtischen Ballungsräumen braucht es eine zukunftsfähige Infrastruktur. Die Wärmewende ist ein zentraler Hebel für den klimaneutralen Gebäudebestand. Laut aktuellem Wissensstand ist eine großflächige Nutzung von Wasserstoff in der Wärmeversorgung für die Gesamtbevölkerung nicht realistisch, da die Investitions- und Energiekosten sehr hoch sind.[35,36,33]

Klimaschutz im Gebäudesektor sozial gerecht gestalten

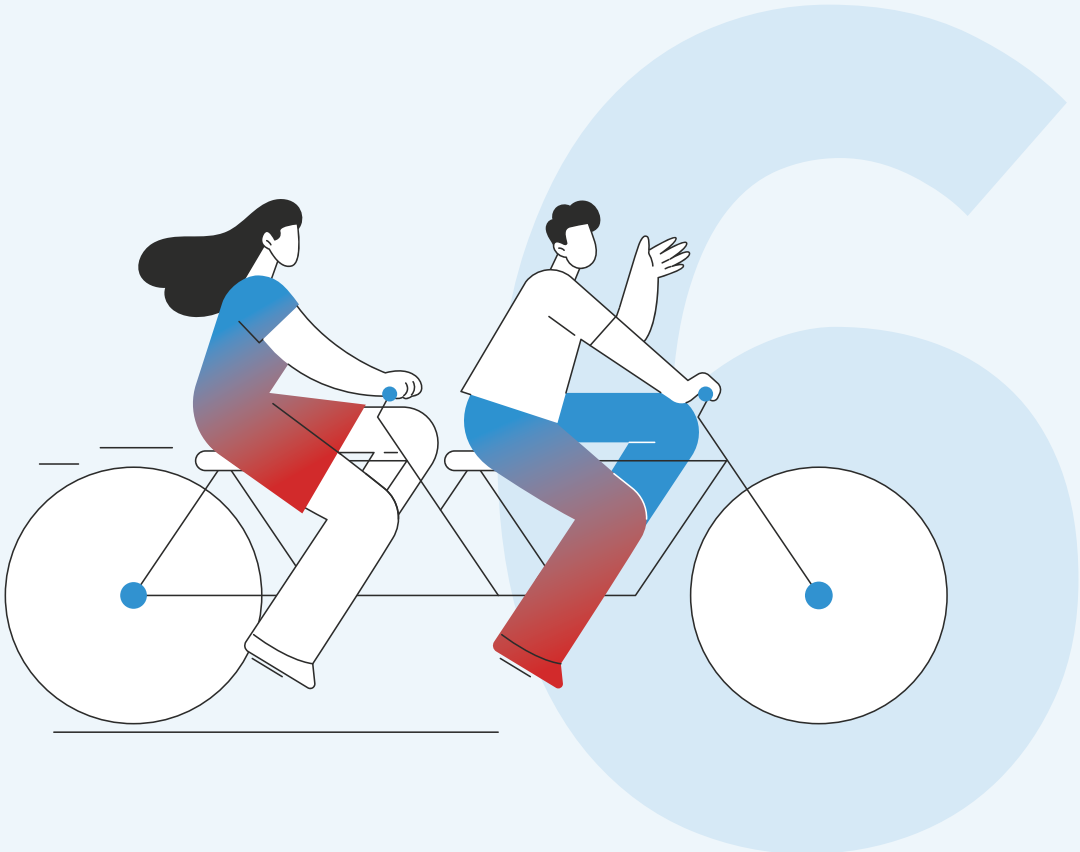
Sanierung darf nicht zu sozialer Schieflage führen. Damit notwendige Sanierungsmaßnahmen nicht zu Energiearmut führen, müssen Förderprogramme gezielt einkommensschwache Haushalte erreichen. Zusätzlich muss sichergestellt werden, dass Sanierungsmaßnahmen in Mietwohnungen nicht einseitig auf Mieter:innen umgelegt werden. Energieeffizienz muss auch sozialen Schutz bieten – vor allem bei steigenden CO_2-Preisen.[35,39]

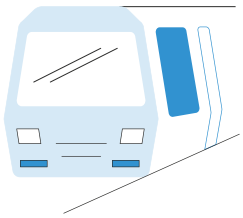
[32] DUH (o.D.): Klimaschutz in Gebäuden.
[33] Greenpeace (o.D.): Der Energieverbrauch könnte überraschend oft um das Vier- bis Zehnfache verringert werden.
[34] DIW (2024): Um die Klimaziele zu erreichen, muss in den nächsten fünf Jahren noch viel passieren: Interview.
[35] DUH (2025): Gemeinsamer Appell zur Bundestagswahl: Verbände der Gebäude-Allianz fordern Planbarkeit und soziale Gerechtigkeit statt Rückschritt bei der Wärmewende.
[36] Agora Energiewende (o.D.): Wärmewende in Gebäuden.
[37] KLUG (2024): Gemeinsame Pressemitteilung: Hitzeaktionstag am 05.06.2024.
[38] KLUG (2023): Kinder vor den Folgen der Klimakrise schützen.
[39] DIW (2024): Bedingungen für energetische Gebäudesanierung müssen verbessert werden: Interview.

Mobilität & Verkehr

Mobilität ist mehr als Fortbewegung – sie bestimmt, wie wir leben, arbeiten, uns fortbewegen und an der Gesellschaft teilhaben. Das aktuelle Verkehrssystem ermöglicht uns zwar unglaublich schnelle individuelle Mobilität, ist aber weder zukunftsfähig noch sozial gerecht und zusätzlich noch ungesund für die Menschen und unsere natürlichen Lebensgrundlagen: Es produziert zu viele THG-Emissionen, belastet die Gesundheit durch Luftverschmutzung und Unfälle, belegt öffentlichen Raum und fördert soziale Ungleichheit. Der Verkehrssektor ist nach wie vor einer der größten THG-Verursacher in Deutschland – und hinkt bei den notwendigen Minderungen beständig hinterher. Wir brauchen ein Verkehrssystem, das die Planetare Gesundheit schützt und uns sicher, bezahlbar und zuverlässig von A nach B bringt. Der Verbrennungsmotor ist dafür nicht mehr geeignet, deutsche Innovation und Ingenieurskunst schafft mehr: gesundheitliche Belastungen senken, die Mobilitätsbedürfnisse aller Menschen ernst nehmen und faire Bedingungen für alle Verkehrsteilnehmenden schaffen.

Eine nachhaltige Mobilitätspolitik verbindet Klimaziele mit Lebensqualität, öffentlicher Sicherheit und gesellschaftlichem Zusammenhalt – und sie stellt die Weichen für eine gerechte und gesunde Zukunft:





Verbrenner-Aus bis 2035 umsetzen

Verbrennungsmotoren verursachen hohe Feinstaub- und Stickoxidbelastungen – ein massives Gesundheitsrisiko. Sie fördern Krankheiten wie Asthma, Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs. Besonders gefährlich sind ultrafeine Partikel, die bis ins Blut vordringen.[40] Darum braucht es das Verbrenner-Aus spätestens 2035 – mit klaren Vorgaben: z. B. ambitionierte CO_2-Grenze im Realbetrieb.[41,42,27] Umweltschädliche Subventionen im Personenverkehr wie die aktuelle Dienstwagenregulierung, Agrardieselrabatte oder Energiesteuerbefreiung für Kerosin sollten zugunsten klimafreundlicher Fortbewegungsmittel reduziert und schlussendlich abgeschafft werden.[43]

Tempolimit einführen

Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen und eine Reduktion der bestehenden Vorgaben für den sonstigen Straßenraum reduziert Emissionen und rettet Leben – es erhöht die Verkehrssicherheit messbar.[44,45] Mittlerweile unterstützt eine Mehrheit der Bevölkerung ein Tempolimit von 130 km/h auf deutschen Autobahnen.[46]

Nachhaltige Mobilität stärken

Busse und Bahnen sind der Schlüssel zur klimafreundlichen Mobilität. Dafür braucht es eine langfristige, ausreichende Finanzierung, ein besseres Angebot in der Stadt und auf dem Land und eine klare Ausrichtung auf Klimaneutralität.[47] Ziel: 100 Prozent Elektrifizierung mit erneuerbarem Strom bis 2030.[43] Dabei sind Barrierefreiheit und bezahlbare Tickets, wie ein bundesweites Sozial- oder Jugendticket (max. 29 Euro), zentrale Hebel für soziale Teilhabe.[27] Gerade für Kinder, ältere Menschen oder Personen mit Einschränkungen braucht es bessere Angebote.[43,38]

Öffentlichen Raum neu verteilen – aktive Mobilität fördern

Fuß- und Radverkehr müssen attraktiver und sicherer werden – das senkt Emissionen und fördert die Gesundheit durch Bewegung. Dafür soll Raum von Autos hin zu Bus, Bahn, Rad und Fußverkehr umverteilt werden.[43,27,38]

[40] Greenpeace (2025): Verbrenner-Aus 2035: für Gesundheit und Klima.
[41] DUH (o.D.): Klimaschutz im Straßenverkehr.
[42] KLUG (2025): Mehr als 600 europäische Ärztinnen und Ärzte fordern saubere Luft – Appell an Ursula von der Leyen für den Verbrenner-Ausstieg 2035.
[43] Klima-Allianz (o. D.): Jetzt umsteuern in der Verkehrspolitik.
[44] DUH (o.D.): Tempolimit, JETZT!
[45] BUND (2024): BUND-Kurzinfo: Gute Gründe für ein Tempolimit.
[46] UBA (2025): Umweltbewusstsein 2024.
[47] Agora Verkehrswende (2025): Weichen stellen für einen zukunftsfähigen Schienenverkehr.

Digitalisierung

Die digitale Transformation verändert unsere Gesellschaft tiefgreifend – sie beeinflusst alle Lebensbereiche in einer unglaublichen Geschwindigkeit. Damit ist sie eine Chance und ein Risiko zugleich. Sie beeinflusst Klima, Umwelt, Arbeit, Demokratie und globale Gerechtigkeit. Damit sie zum Motor einer sozial-ökologischen Zukunft wird, braucht es klare politische Leitplanken. Digitalisierung muss als Querschnittsthema und als Teil von Klima-, Sozial-, Struktur- und Industriepolitik verstanden werden.

Wenn Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam handeln, kann die digitale Wende soziale Teilhabe fördern, ökologische Nachhaltigkeit sichern und globale Verantwortung übernehmen[48,49]:

Ressourcen- und energiearme Digitalisierung vorantreiben

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI) müssen ökologisch tragfähig sein. Dazu braucht es langlebige Hardware, zirkuläre Geschäftsmodelle und klare Effizienzstandards für Rechenzentren und Geräte. Gleichzeitig gilt: Effizienz allein reicht nicht – Rebound-Effekte, also Mehrverbrauch trotz Einspartechnologien, müssen systematisch vermieden werden. Neben technischer Optimierung braucht es auch suffiziente Nutzungsmodelle – weniger, langlebiger und gemeinschaftlich statt immer mehr, schneller und individueller.[48,49]

Digitale Infrastrukturen gemeinwohlorientiert gestalten

Digitale Grundversorgung soll, wie Wasser oder Strom, öffentlich gedacht werden. Der Staat muss gemeinwohlorientierte Infrastrukturen fördern, Open Source stärken, Interoperabilität durch offene Standards sichern und Prinzipien der öffentlichen Daseinsvorsorge in den digitalen Raum übertragen.[48,50]

Regulierung, Transparenz & Wettbewerb stärken

Bestehende Digitalgesetze wie der Digital Services Act müssen konsequent umgesetzt und ergänzt werden – etwa bei Algorithmentransparenz, tracking-basierter Werbung und suchtverstärkendem Design. Plattformen brauchen demokratische Kontrolle und faire Wettbewerbsbedingungen.[48,50] Um die kurz- und langfristigen Risiken von KI abschätzen zu können und frühzeitig Maßnahmen zum Schutz der Gesellschaft und des Individuums vornehmen zu können, sollte stärker in die Forschung zu AI Safety investiert werden. Zudem ist das Grundrecht auf Privatsphäre essenziell für die Demokratische Willensbildung und muss vor privaten und staatlichen Akteur:innen geschützt werden, z. B. durch die DSGVO.

Öffentliche Mittel an Nachhaltigkeit und Gemeinwohl binden

Was mit Steuergeld entwickelt wird, soll auch der Gesellschaft nutzen: durch Open Data, Open Source und transparente Vergabe. Staatliche Förderung soll gezielt ressourcenschonende Technologien unterstützen und keine energieintensiven, spekulativen Entwicklungen wie Kryptowährungen.[48]

[48] Bits & Bäume (2025): Digitale Souveränität und Zukunft durch demokratische Kontrolle! Forderungen des „Bits & Bäume“-Bündnisses zur Bundestagswahl 2025.

[49] UBA (2022): Digitale Nachhaltigkeit.

[50] Germanwatch (2025): Demokratie schützen, Gemeinwohl fördern – Offener Brief fordert wirksame Kontrolle digitaler Plattformen.

Bildungssystem

Bildung ist ein zentraler Hebel für Planetare Gesundheit, Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung. Bildungseinrichtungen vermitteln nicht nur Wissen, sondern prägen auch Werte und Verhaltensweisen – und sind damit entscheidend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Doch obwohl sich Deutschland 2017 dazu verpflichtet hat, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) strukturell zu verankern, ist BNE bislang nur an wenigen Schulen fest etabliert.[51]

Ein neuer BNE-Indikator zeigt, dass sich bundesweit lediglich 12 Prozent der Schulen im Bereich Nachhaltigkeit engagieren. Gründe dafür sind Zeit- und Personalmangel, andere Prioritäten sowie mangelnde Finanzierung (Stand 03/2025).[52]
Um das zu ändern, braucht es:

Nachhaltigkeit im Bildungssystem verankern.

BNE muss schnell in die Lehrpläne und Prüfungsordnungen aufgenommen und langfristig finanziert werden. Dabei sollen die gesundheitlichen und medizinischen Klimafolgen explizit benannt werden.[53] Laut Berechnungen des Bündnis Zukunftsbildung werden dafür Investitionen in Höhe von 16,3 Mrd. Euro benötigt.[54]

Kita- und Schulalltag im Rahmen der Planetaren Gesundheit gestalten

Alarmierende Zahlen des RKI zeigen, dass 80 bis 90 Prozent der 11- bis 15-Jährigen sich weniger als 60 Minuten am Tag bewegen und dadurch ein erhöhtes Risiko für Übergewicht, Herzkreislauf-Erkrankungen sowie mentale Probleme haben. Grünflächen sind wirkungsvolle Hebel, um dieser Entwicklung entgegenzutreten.[55] Auch eine pflanzenbasierte Ernährung im Rahmen der sogenannten *Planetary Health Diet* senkt das Risiko für Diabetes, Schlaganfälle, Herzinfarkte und viele weitere Krankheiten, die nicht nur die Betroffenen, sondern auch das Gesundheitswesen belasten. Da im Kindesalter viele Gewohnheiten gefestigt werden, sollte hier besonders auf den Zugang zu gesundem Essen geachtet werden.[38]

Klimaanpassung in Bildungseinrichtungen priorisieren

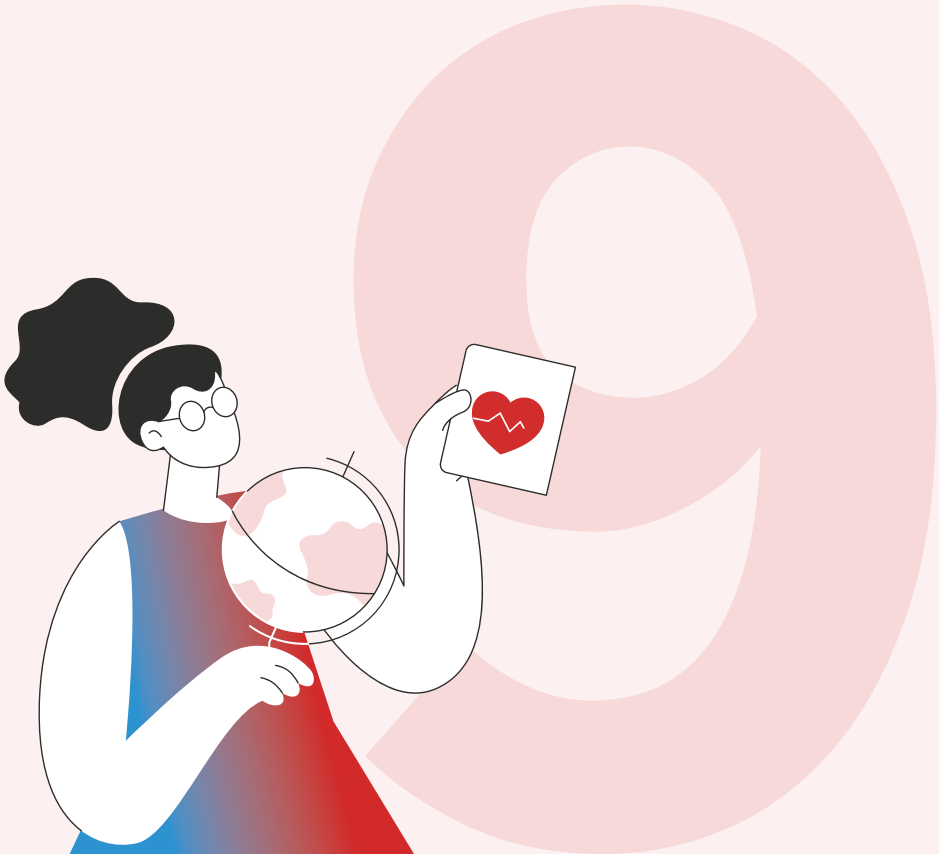
Da Kinder und Jugendliche zu den vulnerablen Gruppen gehören, die besonders unter den Folgen von Hitze und UV-Strahlungen leiden, muss schnell gehandelt werden. Es braucht flächendeckende Maßnahmen an Schulen, Kitas und Universitäten, die konsequent umgesetzt werden.[56]

[51] Nationale Plattform BNE (2023): Impulspapier.
[52] Nationale Plattform BNE (2025): Bundeskabinett verabschiedet die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie mit neuem Indikator für Bildung für nachhaltige Entwicklung.
[53] Klima-Allianz (2025): Zukunft sichern: Klimaschutz für ein modernes Land.
[54] Bündnis Zukunftsbildung (2023): Warum redet niemand über Geld?
[55] DUH (2025): Grüne Schulhöfe jetzt!
[56] DUH (2022): Für gesunde, klimafreundliche Schulen.

Entwicklungs-zusammenarbeit

Die planetaren Krisen spüren wir jeden Tag überall auf der Welt. Aber nicht überall sind die Menschen gleichermaßen stark betroffen oder haben die Möglichkeiten die Folgen gut zu bewältigen. Eine Flutkatastrophe kann in Deutschland immensen Schaden und unerträgliches Leid anrichten, aber die Bedrohung in Ländern wie Bangladesch oder Ruanda sind unverhältnismäßig stärker. Es sind die Menschen, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, die sie am meisten spüren: Menschen in einkommensschwachen Ländern. Die Bundesregierung hat nicht nur eine Verantwortung als historisch großer Verursacher von THG-Emissionen, sondern auch ein inhärentes Eigeninteresse einkommensschwache Länder im Globalen Süden zu unterstützen. Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ist kein Selbstzweck oder Gutmenschentum. Sie leistet einen wichtigen Beitrag, um globale Herausforderungen zu lösen, dort wo sie am akutesten wüten.

Als Exportnation ist es für Deutschland von großem Vorteil, enge und gute Beziehungen mit aufstrebenden Regionen in der Welt zu haben. Deswegen sollten wir darauf achten:



Internationale Finanzierungszusagen einhalten

Deutschland hat sich vor Jahrzehnten dazu verpflichtet und es nur selten einhalten können, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in die EZ zu investieren. Das muss die Bundesregierung einhalten.[57] Die Klimakrise ist die zentrale globale Herausforderung. Deutschland hat bereits 2021 während des G7-Gipfels in Cornwall zugesagt, ab 2025 jährlich 6 Milliarden Euro für die internationale Klimafinanzierung bereitzustellen. Dies muss eingehalten werden und perspektivisch auf 8 bis 10 Milliarden Euro erhöht werden.[58] Außerdem braucht es eine Reform der internationalen Finanz- und Schuldenarchitektur, viele einkommensschwache Länder geben schon jetzt mehr für Kredittilgung aus als für ihre Gesundheitssysteme.

One-Health-Ansatz fördern

Deutsche EZ ist schon jetzt in allen Politikfeldern aktiv. Der One-Health-Ansatz bietet hier die Möglichkeit, verschiedenste Aktivitäten im Umwelt- und Klimaschutz, der Gesundheitsförderungen, Erneuerbarer Energien, Mobilität, Ernährung und Landwirtschaft sowie vielen weiteren Handlungsfeldern zusammenzudenken. Die Bundesregierung sollte eine One-Health-Strategie mit konkreten Maßnahmen und Zielgrößen entwickeln und internationale Forschung auf Augenhöhe zwischen Ländern des Globalen Südens und Nordens fördern.

Globale Gesundheit weiter stärken

Es geht erst allen gut, wenn es allen gut geht – denn Viren und Treibhausgase kennen keine nationalen Grenzen. Das hat uns die Corona-Pandemie eindrucksvoll gezeigt und der Klimawandel beweist es jeden Tag aufs Neue. Starke Gesundheitssysteme im Globalen Süden können dazu beitragen, Pandemien im Kern zu ersticken, sodass sie gar nicht erst entstehen. Die Bundesregierung muss universale Gesundheitsversorgung unterstützen.

[57] ONE Campaign Deutschland (2025): Entwicklung & Zusammenarbeit. Deutschlands Stärke in Zeiten globaler Krisen.

[58] VENRO (2025): Verantwortung übernehmen für eine gerechte Welt. Erwartungen an die Parteien zur Bundestagswahl 2025.

Gesunde
Erde
Gesunde
Menschen